

Kučera, Bohumil

Der proletarische Internationalismus im Feuer der revolutionären Ereignisse des Jahres 1923

Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity. G, Řada sociálněvědná. 1965, vol. 14, iss. G9, pp. [39]-58

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/111646>

Access Date: 17. 02. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

BOHUMIL KUČERA

DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS
IM FEUER DER REVOLUTIONÄREN EREIGNISSE
DES JAHRES 1923

Die Revolutionskämpfe, die Europa im Jahre 1923 erschütterten, waren der letzte Widerhall der revolutionären Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der Nachkriegszeit, die letzte revolutionäre Flutwelle, die die Grosse Sozialistische Oktoberrevolution entfesselt hatte. Sie verliefen mit unterschiedlicher Intensität in den meisten europäischen Staaten und wuchsen in Bulgarien, Deutschland und Polen bis zu bewaffneten Konflikten heran. Ihr grösstes Ausmass erreichten sie in Deutschland, wo sie die breitesten Volksmassen erfassten.

In Deutschland stiessen die grundlegenden Widersprüche des Imperialismus mit der grössten Intensität zusammen und steigerten sich bis zu offenem Konflikt und Kampf der Arbeiterklasse um die Macht. Die schwere Wirtschaftslage der Nachkriegszeit verschlechterte sich noch durch die im Friedensvertrag von Versailles auferlegten Reparationszahlungen und infolge der Bemühungen der Kapitalisten, die Kosten des verlorenen Krieges auf die Arbeitenden abzuwälzen. Deutschland erlebte eine Inflation, wie sie die Geschichte bisher nicht kennengelernt hatte und die französische Besetzung des Ruhrgebietes verschlechterte die Lage noch weiter.

Das furchtbare Elend betraf nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Massen der Intelligenz, die Kleinbourgeoisie und die städtischen Mittelschichten und revolutionisierte so rasch breite Massen. Die Arbeiterklasse kämpfte um das nackte Leben, um die Möglichkeit, überhaupt etwas zum Essen zu haben. Streiks, Demonstrationen, Massenaktionen, Zusammenstösse mit der Polizei und Schlägereien mit den halbmilitaristischen faschistischen Organisationen, die die Bourgeoisie zum Schutz des Kapitalismus aufstellte, mehrten sich von Tag zu Tag.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (weiterhin: KPD), die die Einheitsfrontpolitik verwirklichte, verzeichnete bedeutende Erfolge und sammelte breite Massen um sich, die in ihr die einzige Rettung erblickten. Die Lage erreichte ihren Gipfelpunkt im Herbst 1923 mit einem Generalstreik, der die bisherige Reichsregierung zum Sturz brachte. Zur Bildung einer Regierung, die imstande wäre, die Interessen der Arbeitenden zu wahren, reichte ihre Kraft aber nicht. Im Oktober 1923 bildete die KPD gemeinsam mit der Sozialdemokratie Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen. Die Bourgeoisie antwortete mit der Erklärung des Ausnahmezustandes und trieb beide Regierungen militärisch auseinander. Sie entfesselte eine Terrorwelle gegen die Arbeiterklasse, die im November 1923 in einem Verbot der KPD gipfelte. In dieser ausgesprochen revolutionären Lage vermochte die KPD nicht in ganz Deutschland eine Arbeiter-

regierung zu bilden und die Massen in den Kampf um die Macht zu führen. Das ist auf die opportunistische Politik der rechtsgerichteten Parteiführung sowie auf die linksextremistischen Abweichungen innerhalb der KPD zurückzuführen. Diese Widersprüche verhinderten die KPD, die Werktätigen zum Sieg zu führen.

Die KPD blieb in ihrem damaligen Kampf nicht isoliert. Die Kommunistische Internationale sowie eine Reihe der europäischen kommunistischen Parteien gewährten ihr volle Unterstützung. Diese Hilfe und der gemeinsam geführte Kampf für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse gingen in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung als leuchtendes Beispiel der proletarischen Solidarität und des proletarischen Internationalismus ein. Es wäre schwer, ein Beispiel von ähnlicher Bedeutung zu finden, wo die Arbeiterparteien den revolutionären Kampf in einer Reihe von Ländern gleichzeitig führten und so bewiesen, wie ein derartig gemeinsames Vorgehen in einem Land, das die Revolution durchmacht, den Sieg der Arbeiterklasse erleichtern könnte. Sie erblickten in der deutschen Revolution richtig einen Teil der proletarischen Weltrevolution und setzten alle Hebel in Bewegung, um die deutsche Revolution durch ihren Kampf mit der Bourgeoisie ihrer eigenen Länder Hilfe zu leisten.

Dieser unter der Leitung der Kommunistischen Internationale erfolgreich verwirklichte Grundsatz hat seine Gültigkeit bis heute nicht eingebüsst, ja er gewann noch an Bedeutung, nachdem die Arbeiterklasse in einer Reihe von Ländern den Sieg errungen hatte. Daher kann auch das Programm der KPdSU über die kommunistischen Parteien erklären: „Als Bestand der einheitlichen internationalen Armee der Arbeit koordinieren sie freiwillig und bewusst ihre Aktionen.“

Alle mit der deutschen Arbeiterklasse gemeinsamen Aktionen der kommunistischen Parteien wurden im Jahre 1923 von der Kommunistischen Internationale koordiniert.

Was die Gesamtentwicklung betrifft, hat die Kommunistische Internationale vorausgesagt, dass die französischen Kapitalisten nach dem Misserfolg in bezug auf die Erfüllung von Bedingungen des Versailler Friedensvertrags durch Deutschland den Versuch unternehmen werden, ihre Forderungen durch Gewalt zu verwirklichen, insbesondere durch die militärische Besetzung des Ruhrgebietes. Aus diesem Anlass wurde für den 6. und 7. Januar 1923 eine internationale Konferenz der kommunistischen Parteien nach Essen einberufen.

An der Konferenz nahmen diejenigen kommunistischen Parteien teil, die an der Sache besonders interessiert waren, da sie sich in Ländern befanden, die an der Besetzung des Ruhrgebietes beteiligt werden könnten oder die an Deutschland grenzten. Es waren dies die kommunistischen Parteien Deutschlands, Belgiens, Grossbritanniens, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Hollands und Italiens. Darüber hinaus waren Delegierte der Roten Gewerkschaftsinternationale, der Kommunistischen Jugendinternationale, der deutschen Gewerkschaften und der französischen CGTU anwesend. Auf dem Programm stand der Kampf gegen den Versailler Frieden und dessen Folgen sowie die Schaffung einer organisatorischen Verbindung des europäischen Proletariats zum Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Es war offensichtlich, dass die militärische Besetzung des Ruhrgebietes einen Kriegskonflikt heraufbeschwören kann und schon aus dem Grunde musste die Arbeiterklasse den Versuch unternehmen, die Pläne der Imperialisten im Keime

zu ersticken. Die Konferenz gab eine Erklärung heraus, die gegen die beabsichtigte Besetzung des Ruhrgebietes und für die Schaffung einer einheitlichen internationalen Front gegen die kapitalistische Ausbeutung und die neue Kriegsgefahr gerichtet war. Die Erklärung wurde in der Presse aller beteiligten Parteien veröffentlicht.²

Im Geiste des proletarischen Internationalismus sprach sie zu den am meisten interessierten Arbeitern Deutschlands und Frankreichs: „Arbeiter Frankreichs! Erhebt aus allen Kräften eure Stimme gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, gegen jede Zerstückelung Deutschlands, gegen die Ausbeutung der deutschen und französischen Arbeiter durch die vereinigten Kapitalisten . . . Deutsche Arbeiter! Euer Feind ist weder der französische Soldat, noch der französische Arbeiter, noch der französische Bauer, die ebenso wie ihr Beute und Opfer der Bourgeoisie sind. Euer Feind ist der französische und deutsche Kapitalismus!“³

Wie später die Exekutive der Kommunistischen Internationale konstatiert hat, war die Bedeutung der Essener Konferenz eine demonstrative und in dieser Hinsicht hat sie ihre Aufgabe erfüllt. Nichtsdestoweniger bildete sie ein Komitee von elf Mitgliedern, dessen Aufgabe es war, die Zusammenarbeit unter den einzelnen Parteien und die Durchführung der Agitation im internationalen Massstab zu organisieren.

Eine seiner ersten Taten war die Eröffnung eines gegen die Besetzung des Ruhrgebietes gerichteten Agitationsfeldzuges in allen beteiligten Ländern. Ihr grösstes Ausmass erreichte die Agitation gerade an den wichtigsten Stellen, in Frankreich und im Ruhrgebiet — unter den Soldaten der Okkupationsarmeen. In Frankreich trat die Agitationsarbeit der CGTU hervor, die besonders Wertvolles leistete, da sie grösstenteils die nichtkommunistischen Arbeiter beeinflusste.⁴

Im Ruhrgebiet selbst wurde eine intensive Agitationsarbeit unter den Soldaten der Besatzungsarmeen entfaltet, in der sich vor allem die kommunistischen Jugend auszeichnete, die um die Verbrüderung der Soldaten und der deutschen Proletarier bemüht war. Hand in Hand mit der deutschen arbeitete auch die französische Jugend. Zahlreiche junge französische Kommunisten kamen damals ins Ruhrgebiet und führten unter den französischen und belgischen Soldaten eine wirkungsvolle Agitation durch. Ausser der persönlichen Agitation unter den Armeeingehörigen wurden für sie Sonderzeitschriften in französischer, flämischer und arabischer Sprache herausgegeben. Ferner wurden für die Soldaten spezielle Flugblätter, Broschüren und Plakate herausgegeben und verbreitet.

Diese Arbeit trug bald gute Früchte. Die Soldaten der Okkupationsarmee, die gegen die deutschen Arbeiter eingesetzt wurden, verhielten sich passiv und in einigen Fällen lehnten sie überhaupt ab, vorzugehen. Viele unterstützten sogar durch Spenden oder persönliche Teilnahme an Demonstrationen die Aktionen des deutschen Proletariats.⁶

Das Oberkommando der Besatzungstruppen ging gegen diese Solidaritätsäusserungen hart vor. Das Inhaftieren von Zivilpersonen war auf der Tagesordnung. In Mainz veranstaltete das französische Militärtribunal einen Monstreprozess und verurteilte 57 Kommunisten zu Strafen von 6 Monaten bis Jahren im Gesamtausmass von 113 Jahren schweren Kerkers.

Bereits ein flüchtiger Blick auf die Verurteilten bietet das schönste Beispiel internationaler Solidarität. Es befanden sich unter ihnen deutsche, österreichi-

sche, französische und serbische kommunistische Arbeiter, ebenso wie Soldaten der Okkupationsarmee, Franzosen und Araber.⁷ Trotz allem gegen die Proletarier in Uniform sowie gegen die Arbeiter angewandten Terror gelang es dem Kommando der Besatzungstruppen nicht, die Agitation zu vereiteln und die Solidarität zwischen Soldaten und Arbeitern zu unterbrechen.

Eine bedeutende Hilfe liess die Sowjetunion dem deutschen Proletariat angedeihen. Als einziger Staat der Welt erhob sie Protest gegen die Gewalt, die mit der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Truppen Frankreichs und Belgiens verübt wurde. Sie gab die Erklärung „An alle Nationen der Welt“ heraus, die vom Exekutivkomitee der Sowjets beschlossen und von seinem Vorsitzenden Michail Iwanowitsch Kalinin unterzeichnet wurde. Die Erklärung wies nicht nur auf die imperialistischen Pläne Frankreichs, sondern auch der übrigen Staaten hin, die dieses Vorgehen guthiessen oder ihm stillschweigend zusahen, wie z. B. Grossbritannien, Italien, Belgien und Holland. Die Stimme des Arbeiter- und Bauernstaates erschalle in der ganzen Welt: „In diesem kritischen Moment kann das Russland der Arbeiter und Bauern nicht schweigen. Getreu der Sache seines steten Kampfes gegen den Imperialismus, der ununterbrochenen Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, getreu seinen Aufrufen zur Abrüstung, erhebt es auch diesmal die Stimme der Empörung und des Protestes über das Verbrechen, das die Regierung Frankreichs verübt hat.“⁸

Die Sowjetunion begnügte sich aber nicht mit diesem Manifestationsprotest, sie trat in einigen konkreten Fällen als Beschützerin der deutschen Revolution auf. Das völlig von Frankreich abhängige Polen traf gleich nach der Besetzung des Ruhrgebietes militärische Massnahmen, die auf ein baldiges Eingreifen Schulter an Schulter mit Frankreich schliessen liessen. Im Januar 1923 ordnete die polnische Regierung Registration von 17 Reservejahrgängen sowie Bereitschaft der Militärärzte der Reserve an. Diese Massnahmen beantwortete die Sowjetunion in einer Weise, die die polnische Regierung in keinem Zweifel lassen konnte. In der „Pravda“ erschien am 19. I. 1923 ein mit „Warnung an Polen“ überschriebener Leitartikel, in dem es hiess: „Die polnische Regierung trägt die schwerste Verantwortung vor der ganzen Menschheit. Wir sehen und wissen es. Wir warnen alle.“ Mit noch grösserem Nachdruck antwortete sie auf eine Provokation der polnischen rechtsgerichteten Abgeordneten, die im Sejm mit der Forderung auftraten, dass Polen aktive Hilfe an Frankreich bieten soll. In den „Iswestije“ erschien ein Artikel, der klipp und klar besagte, eine derartige Handlung würde von der Sowjetunion als ein gegen ihre eigene Existenz gerichteter Angriff beantwortet werden.

Obwohl Frankreich bemüht war, Polen für seine Pläne zu gewinnen und im Sommer seine Generalität, z. B. Marschall Föch und General La Ronde nach Polen entsandte, griff die polnische Regierung unter dem Druck der eigenen Arbeitermassen und eingedenk der sowjetischen Erklärung in den Konflikt nicht ein.

Während die Konferenz von Essen als Demonstration beabsichtigt war, trug die weitere, am 17. und 18. März 1923 in Frankfurt am Main veranstaltete Konferenz einen ganz anderen Charakter. Die für die kommunistischen Delegierten an der Frankfurter Konferenz bestimmten Instruktionen legen folgende zwei grundlegende Aufgaben fest: 1. Ausarbeitung eines realen, gemeinsamen, festen, konzentrierten Agitationsprogramms für die wichtigsten in Frage kommenden Sektionen, 2. Ausarbeitung und wirkliche Durchführung einer Reihe

von Massnahmen organisatorischen und zum Teil konspirativen Charakters.¹⁰

Diese Beratung wurde also entsprechend den Weisungen der EKI als eine ausgesprochenen Arbeitsberatung vorbereitet. Deshalb hatte sich auch eine bei weitem breitere Grundlage als die vorangegangene Essener Beratung. Es nahmen daran Delegierte der kommunistischen Parteien aus Deutschland, Frankreich, der Tschechoslowakei, Polen, Belgien, Holland, Italien, Grossbritannien, Jugoslawien, Bulgarien, der Schweiz, Skandinavien, ferner der Kommunistischen Internationale, Vertreter des Reichskomitees der Betriebsräte in Deutschland, der Betriebsräte des Ruhrgebiets, der französischen CGTU teil und sogar einige Vertreter der linksorientierten Gruppen der deutschen Sozialdemokratie und der Unabhängigen sozial-demokratischen Partei. Mithin stellte die Konferenz eine breite Basis für die internationale Zusammenarbeit dar.

Als Ziel setzte sie sich die internationale Einigung des Proletariats zum Kampf gegen die Besetzung des Ruhrgebiets, die Kriegsgefahr und die faschistische Gefahr. Zur Führung dieses Kampfes wurde ein Internationales Aktionskomitee gewählt, das die Einigungsbestrebungen des Proletariats koordinieren sollte. Die Beratung gab das „Manifest der internationalen Konferenz in Frankfurt a. M.“ heraus, das an die Arbeiter der ganzen Welt gerichtet war: im wesentlichen handelte es sich um die Bildung einer internationalen Einheitsfront der Arbeiter mit dem Ziel, gegen die Kriegsgefahr, für die Räumung des Ruhrgebiets, die Rückgängigmachung des Versailler Friedensvertrags und die Abwehr der kapitalistischen Offensive gegen die Lebensbedingungen der Arbeitenden zu kämpfen. Ferner forderte das Manifest eine Vertiefung der unter den Okkupationseinheiten durchgeführten Propaganda, Freilassung proletarischer Häftlinge und Schaffung internationaler Kontrollkomitees zur Verhinderung von Waffentransporten.¹¹

Die Konferenzbeschlüsse wurden lückenhaft verwirklicht. In den meisten Ländern verlief der Agitationsfeldzug erfolgreich. Demgegenüber wurden konkrete Kampfaktionen massenhaften Charakters mit Ausnahme von Frankreich nicht durchgeführt. Der einzige bedeutungsvolle Versuch war die internationale Verständigungskonferenz der Transportarbeiter, die am 23. und 24. V. 1923 unter der Teilnahme der Transportarbeiter-Verbände der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Delegierten der Internationalen Transportarbeiter-Föderation der Amsterdamer Internationale in Berlin tagte. Es war ein bedeutender Versuch, eine Einheitsfront der Arbeiter auf internationaler Basis zu bilden. Ausser den Kommunisten nahm daran der Sekretär der Amsterdamer Internationale Edo Fimmen und der Sekretär des englischen Transportarbeiterverbandes Robert William teil. In der Tat kam hier auch ein Abkommen über die Bildung eines internationalen Aktionskomitees zum Organisieren des Kampfes gegen Krieg, Militarismus und Faschismus zustande. Als die Hauptaufgabe wurden Kontrolle der Waffentransporte und deren Verhinderung und Einberufung eines Weltkongresses der Transportarbeiter beschlossen. Die Resolution der Konferenz „Gegen Krieg und Reaktion“ trug einen kämpferischen, revolutionären Charakter.¹²

Der Generalrat der Amsterdamer Internationale hiess aber diese Resolution nicht gut und verhinderte im entscheidenden Augenblick die Verwirklichung der proletarischen Solidaritätsaktion, die einen wirkungsvollen Eingriff gegen die Kriegs- und Konterrevolutionsgefahr bedeuten konnte. Es waren doch gerade die zweckmässigen zu organisierenden Transportarbeiter, die in den Oktobertagen

des Jahres 1923 alle Verschiebungen der Reichswehr und die Umzingelung von Sachsen und Thüringen in der Zeit der „Arbeiterregierungen“ verhindern konnten.

Nichtsdestoweniger ging das Aktionskomitee der Transportarbeiter nicht auseinander und setzte seine Tätigkeit fort. Noch im Oktober des Jahres 1923 veröffentlicht es einen Aufruf „zur Unterstützung der deutschen Revolution“, worin es empfiehlt, in allen Häfen und Eisenbahnknotenpunkten Kontrollausschüsse der Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute zu bilden, die Waffenimporte nach Deutschland und Verschiebungen von Militäreinheiten verhindern könnten.¹³

Die zur Unterstützung des revolutionären Deutschlands bestimmte Aktion erreicht ihren Gipfelpunkt im Oktober 1923, in einer Zeit, wo die deutsche Revolution durch einen direkten militärischen Angriff gegen das revolutionäre Sachsen bedroht ist. Ende September und Anfang Oktober 1923 tagt in Moskau eine gemeinsame Beratung der an der Entwicklung der Lage am meisten interessierten kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Polens, gemeinsam mit den Delegierten des Exekutivkomitees der deutschen Betriebsräte und der französischen CGTU unter der Teilnahme von Vertretern der KPR(B). Auf dieser Konferenz war es nunmehr offensichtlich, dass die KPD vor einem entscheidenden Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bourgeoisie steht. Die Beratung gibt einen Aufruf an das revolutionäre Proletariat „Deutsche Revolution — das heißt Frieden“ heraus. In dem Aufruf bewertet sie die Lage Deutschlands und zeigt, dass der Konflikt zwischen Proletariat und Bourgeoisie für den Kampf der ganzen internationalen Arbeiterklasse von Bedeutung ist.¹⁴

An allen internationalen Aktionen zur Unterstützung der deutschen Revolution nahm auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (weiterhin: KPČ) teil. Die KPČ war eine der bedeutendsten kommunistischen Parteien. Was die Mitgliederzahl betrifft, stand sie gleich hinter der KPR(B) und der KPD, wobei ihre Zusammensetzung eine ausgesprochen proletarische war. Die ČSR war der nächste Verbündete Frankreichs in Europa und man konnte annehmen, dass ihre Bourgeoisie gewillt wäre, gegen Deutschland militärisch zu intervenieren. Gerade durch eine unter der Arbeiterklasse entfaltete Tätigkeit der KPČ wäre es möglich, derartige Intervention zu vereiteln.

Die KPČ entsandte ihre Delegierten zu den Konferenzen in Essen sowie in Frankfurt a. M. Ihr Delegierter war hier Gen. Karl Kreibich, der auch als Mitglied des internationalen Komitees zur Organisation der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien war. Nach der Essener Konferenz trat Gen. Kreibich in einer ganzen Reihe von Kundgebungen der KPD im Ruhr- und Rheingebiet auf, wo er, überall von den deutschen Arbeitern stürmisch begrüßt, z. B. in Essen, Duisburg, Bochum, Köln a. Rh., die Solidarität des tschechoslowakischen Proletariats betonte.¹⁵

Ebenso beteiligte sich Gen. Kreibich an den Verhandlungen des III. Parteitages der KPD in Leipzig am 28. I.—1. II. 1923. Die KPČ verfolgte in dieser Zeit die Lage in Deutschland aufmerksam und arbeitete in einer Reihe von Aktionen mit der KPD zusammen. Die Massen der Parteianhänger zeitigten für das Geschehen in Deutschland reges Interesse und die KPČ-Delegierten nahmen häufig an Aktionen des deutschen Proletariats persönlich teil.

Auch anlässlich eines im Juli 1923 von der PKD veranstalteten antifaschisti-

schen Tages traten tschechische Kommunisten als Redner auf Massenkundgebungen in Dresden, Chemnitz und Zittau auf.¹⁶ Die tschechischen Kommunisten hielten gemeinsam mit den französischen Genossen anlässlich eines Meetings in Bad-Elster Ansprachen. In Form einer schriftlichen Begrüssung zeigten die Arbeiter von Liberec (Reichenberg), wie sehr sie sich der Bedeutung des Kampfes des deutschen Proletariats bewusst sind: „Ihr kämpft nicht nur für euch selbst. Auf dem Schlachtfeld der deutschen proletarischen Revolution wird sich das Schicksal des mitteleuropäischen Proletariats entscheiden. Es lebe die KPD! Es lebe die Föderation der sozialistischen Republiken Mitteleuropas!“¹⁷

Die Tätigkeit der tschechischen Kommunisten im angrenzenden Sachsen erreichte solche Ausmasse, dass das Reichsinnenministerium einen Sondererlass veröffentlichte, auf Grund dessen die tschechischen Komunisten aus Sachsen ausgewiesen werden sollten.¹⁸

Grössere Aufmerksamkeit begann dann die KPC der deutschen Entwicklung seit Anfang August 1923 entgegenzubringen, wo sie unter dem Eindruck der sich steigernden Kämpfe in Deutschland in grösserem Masse öffentliche Kundgebungen und Versammlungen über die deutsche Revolution einberuft. Das Exekutivkomitee der KPC veröffentlicht am 8. VIII. 1923 einen an die Arbeiterschaft gerichteten Aufruf, in welchem es auf den Zusammenhang der Kämpfe deutscher Proletarier mit den Interessen tschechoslowakischer Arbeiter hinweist und auf die Konzentration tschechoslowakischer Militäreinheiten an der sächsischen Grenze, auf eine mögliche Intervention und die Notwendigkeit der Solidarität aufmerksam macht. Der Aufruf endet mit den Worten: „... Jeder Arbeiter und jeder Soldat ist sich dessen bewusst und wir wissen, welche Haltung zu den Ereignissen in Deutschland einzunehmen ist und wie man sich verhalten soll.“¹⁹

In jener Zeit finden in der CSR zahlreiche Versammlungen und Solidaritätskundgebungen statt. Immer häufiger äussert sich hier der Gedanke, die tschechische Bourgeoisie könnte gegen die deutsche Arbeiterklasse eine militärische Intervention unternehmen, was die tschechoslowakischen Arbeitenden verhindern müssen.

Diese Befürchtungen waren keineswegs unbegründet und fanden mit dem Besuch des Generals Foch im Mai 1923 in Prag und mit dem Reisen Präsident Masaryks und Beneš nach Paris am Anfang Oktober 1923 ihre Bestätigung; hier wurde über ein Militärabkommen zwischen CSR und Frankreich verhandelt. Die KPC entsendet Genossen Kreibich nach Paris, der hier auf einer von der KPF organisierten gewaltigen Kundgebung gegen die Besetzung des Ruhrgebiets und die Kriegsgefahr auftrat. Gen. Kreibich entlarvte in seiner Rede die Pläne des französischen Imperialismus und der tschechoslowakischen Bourgeoisie, ihr Bestreben, die deutsche Revolution zu unterdrücken. Er forderte das französische Proletariat auf, diese Versuche durch Vereitelung der Pläne der eigenen Regierung, mit der CSR ein Militärabkommen abzuschliessen, zu durchkreuzen.

Gen. Kreibichs Auftreten war illegal. Er sprach von der Rednertribüne, dicht von der Masse der französischen Genossen umgeben, so dass die Polizei seine Rede nicht verhindern konnte. Gleich nach seiner Rede erloschen die Lichter und Genosse Kreibich wurde aus dem Saal in Sicherheit gebracht.²⁰ Unter dem Druck der Massen der Arbeitenden in beiden Ländern kam wirklich ein Abkommen im Jahre 1923 nicht zustande.

Gleichläufig mit der sich verschärfenden Lage in Deutschland steigerte auch

die KPČ ihre Tätigkeit. Am 17. X. 1923 veranstaltet sie auf der Sophieninsel eine Kundgebung der Prager Werktätigen, auf der Genosse Smeral zum Thema „Die Ereignisse in Deutschland und das tschechoslowakische Proletariat“ spricht. Hier legt die Partei die erste grundlegende Aufgabe des tschechoslowakischen Proletariats fest: „Die tschechoslowakischen Werktätigen lassen um keinen Preis eine militärische Intervention zur Erwürgung des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiter zu.“²¹

Der Standpunkt, die Intervention zu verhindern, war vollkommen richtig und notwendig. Allerdings genügte es nicht, bei blosser Verhinderung der Intervention zu bleiben. Es war nötig, weiter zur aktiven Unterstützung des Kampfes des deutschen Proletariats und zur Ausnutzung des Kampfes auf heimischem Boden, zur Vorbereitung und Vertiefung des Kampfes gegen die eigene Bourgeoisie zu schreiten.

So weit gelangte die KPČ jedoch nicht, auch nicht auf der Konferenz in Kladno (20.—21. X. 1923), wo die deutsche Revolution und die Haltung der KPČ das Hauptprogramm bildeten. Auch die Konferenz von Kladno ging über den Standpunkt der „Durchsetzung einer wohlwollenden Neutralität des tschechoslowakischen Staates gegenüber der deutschen Revolution“ nicht hinaus, obwohl hier an Vorschlägen einiger Genossen, den Kampf in der Tschechoslowakei vorzubereiten, nicht fehlte (Vorschläge des Bezirks von Liberec — Reichenberg). Dieser Standpunkt kam auch in der Resolution der Konferenz zum Vorschein, die in allgemeinen Zügen die Taktik der KPČ für den Fall bestimmte, wenn sich die tschechoslowakische Regierung für die Intervention entscheiden sollte: „... dann müssen die deutschen, tschechischen, slowakischen, ungarischen und russischen Proletarier in der Lage sein, unter der Führung der KPČ eine derartige konterrevolutionäre Aktion der Regierung zu verhindern.“²²

Daraufhin entfaltet die Partei einen gewaltigen Versammlungsfeldzug, insbesondere zu einer Zeit, wo die „Arbeiterregierungen“ in Sachsen und Thüringen auseinandergetrieben wurden. Allein am 28. X. 1923 fanden bei uns mehr als 200 solcher Kundgebungen statt. Die Aktion verlief weiter und erreichte ihren Gipfelpunkt am 4. XI. 1923, wo eine der grössten Kundgebungen in Bratislava (Pressburg) abgehalten wurde. In der Slowakei nahm die Aktion überhaupt die grössten Ausmasse an. Demonstrationenkundgebungen unter dem Motto „Die Ereignisse in Deutschland und das tschechoslowakische Proletariat“ wurden polizeilich verboten. Sie wurden aber trotz dieses Verbotes abgehalten und die Polizei war nicht in der Lage, sie zu verhindern. Derartige Demonstrationen verliefen in Malacky, Nové Zámky, Komárno, Hlohovec und anderswo.²³

Abschliessend kann man sagen, dass die KPČ ihre proletarische Pflicht durch ihren Kampf gegen die Intervention erfüllt hat, auch wenn sie keine Aktionen gegen die eigene Bourgeoisie entfaltet hat, wie sie z. B. die KPF unternahm. Sie bewies ihre tiefe Solidarität auch durch die Spenden während der Kämpfe und nach der Niederlage der Arbeiterklasse.

Auch andere kommunistische Parteien erfüllten die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz und traten in ihren Ländern für die Verteidigung der deutschen Revolution ein.

Die kommunistische Partei Grossbritanniens veröffentlicht im Oktober 1923 eine Erklärung unter dem Titel „Die Kommunistische Partei Englands an das deutsche Proletariat“. Diese Erklärung ist nur ein Ausdruck der Solidarität, sie verlangt auch von der Regierung Grossbritanniens, jede Einmischung in die

deutschen Verhältnisse zu unterlassen und die englischen Truppen, die in Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages stationiert wurden, nach Hause abzurufen. Die Erklärung schliesst mit der eindeutigen Verwarnung „Wir werden einen Generalstreik aufrufen, sobald die Entente-Kapitalisten nur einen einzigen Tropfen deutschen Arbeiterblutes vergiessen“. Auf die Erklärung der kommunistischen Partei folgten auch Aktionen seitens der Arbeiter, besonders der Bergleute. Die Bergleute in Maesteg bekundeten ihren Willen, an allen gegen eine Intervention in Deutschland gerichteten Aktionen teilzunehmen. Die Bergleute aus Methill forderten die Zurückziehung der englischen Truppen aus Deutschland, die Bergleute aus Nidrie wandten sich an ihre Gewerkschaftsorganisationen und an die Labour Party mit der Forderung, die Regierung zur Zurückziehung der englischen Armee aus Deutschland zu veranlassen. Ähnlich machte die Kommunistische Partei Grossbritanniens der Führung der Labour Party den Antrag, gemeinsame öffentliche Aktionen zwecks Abberufung der britischen Einheiten aus Deutschland zu unternehmen.²⁴

Diese Aktionen der englischen Arbeiterschaft spielten eine wichtige Rolle. Man muss sich vor Augen halten, dass die britischen Einheiten in Rheinland stationiert waren und ihr Einsatz gegen die deutsche Arbeiterklasse lag im Bereich der Möglichkeit. Das Gären in der englischen Arbeiterklasse und ihre Forderung, die Truppen aus Deutschland abzurufen, war eine ernste Warnung vor einem Versuch, in Deutschland militärisch zu intervenieren.

Im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen in Deutschland kann auch die Kommunistische Partei Polens (KPP), von der bereits gesagt wurde, dass sie sich im September 1923 an den gemeinsamen Beratungen der Kommunistischen Internationale in Moskau beteiligt hatte, nicht unerwähnt bleiben. Die KPP konnte im Falle einer Revolution in Deutschland eine bedeutende Rolle spielen. Polen stand gänzlich unter dem Einfluss des imperialistischen Frankreich und war von ihm mehr abhängig als die Staaten der Kleinen Entente. Nach der Besetzung des Ruhrgebiets war es offenkundig, dass die polnische Bourgeoisie bereit wäre, die französische Politik auch durch eine militärische Intervention in Deutschland zu unterstützen. Diese Gefahr musste paralytisch werden und die KPP übernahm diese Rolle. Sie befasste sich damit auf ihrem II. Parteitag im August 1923, der illegal unter Teilnahme von Vertretern der kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei, Deutschlands, Frankreichs und Finnlands stattfand. Der Parteitag war sich der Bedrohung der deutschen Revolution durch eine polnische Intervention bewusst und fasste den Entschluss, dass im Falle einer militärischen Intervention seitens der polnischen Bourgeoisie in Deutschland sich das polnische Proletariat erheben und unter der Führung der Partei nicht nur die Intervention vereiteln, sondern auch die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie zum Sturz bringen müsste.²⁵ Seit Juli 1923 wurde Polen infolge von Streiks der Textilarbeiter, Bergleute, Staats- und Gemeindebediensteten, Eisenbahner und Postangestellten erschüttert. In den letzten Oktobertagen verwandelten sich diese Streiks in einen Generalstreik. Die Kommunisten beteiligten sich an diesem Streik, die Führung desselben blieb aber in den Händen der Sozialistischen Partei Polens (SPP). Unter dem Einfluss der kommunistischen Agitation ging der Streik in bewaffnete Zusammenstöße und Kämpfe mit der Polizei und dem Militär über, z. B. in Tarnow, Boryslaw und Lemberg. In Krakau entwaffneten die Streikenden sogar das gegen sie entsandte Militär und beherrschten mit den erbeuteten Waffen einige Tage lang

die ganze Stadt.²⁶ Aber gerade als der Kampf den Höhepunkt erreichte, verständigte sich die SPP-Führung mit der Regierung und beendigte den Streik. Die Kommunisten, die die Sympathien der Massen an ihrer Seite hatten, und vielfach auch an der Spitze der Kämpfe standen, waren ausserstande, den Streik weiterzuführen, bzw. die spontanerweise ausgebrochenen Kämpfe auszudehnen und eine Machtübernahme in revolutionärer Weise zu versuchen. Wenn der II. Parteitag der KPP auch die Situation richtig beurteilte und energische Beschlüsse fasste, um den Einfluss der Kommunisten und die Kämpfe der Arbeiterklasse zu mehren, war die KPP damals ausserstande, diese Ziele zu bewältigen und zu verwirklichen. Sie war nicht fest und genug durchorganisiert, um die Massen der Werktätigen in einer so kurzen Zeit um sich zu sammeln und unter ihre Führung zu bringen, den Einfluss der SPP zu überwinden und sie von unorganisiertem Kampf zu entscheidender Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie hinüberzuführen.

Nichtsdestoweniger muss man sich vor Augen halten, dass die Verbreitung der Kämpfe über ganz Polen bereits während des Julistreiks und in erhöhtem Masse dann im Oktober und November 1923 die Manövrierfähigkeit der polnischen Bourgeoisie und die Möglichkeit einer eventuellen Intervention in Deutschland beträchtlich einschränkte. Die Entfaltung der Kämpfe in Polen bedeutete eine eindeutige Unterstützung für die deutsche Revolution und Verhinderung eines Überfalls von Seiten Polens. Auf der anderen Seite darf man aber nicht übersehen, dass die Kämpfe der Arbeiterklasse Polens sich unter dem Einfluss der revolutionären Situation in Deutschland entfalteten.

Die grösste und wirksamste Unterstützung für die deutsche Arbeiterklasse liess die Kommunistische Partei Frankreichs angedeihen, die im eigenen Lande eine Reihe von Aktionen unternahm, die gegen den Angriff der französischen Bourgeoisie auf das deutsche Proletariat gerichtet waren.

Die KPF hatte dafür ihre eigenen Gründe. Das Ergebnis der Kämpfe in Deutschland musste sich in Frankreich selbst direkt auswirken. Der Sieg der deutschen Arbeiterklasse würde eine Niederlage der französischen Bourgeoisie bedeuten, die in Deutschland ihre Interessen hatte. Das würde gleichzeitig ihre Schwächung bedeuten, woraus die KPF in ihrem Kampf Nutzen ziehen könnte. Eine Niederlage des deutschen Proletariats würde im Gegenteil der französischen Bourgeoisie die Hände zu einem verschärften Angriff auf die eigene Arbeiterklasse freimachen. Der zweite Grund war ebenso ernst, ja noch aktueller. Die französische Armee hielt das Ruhrgebiet besetzt. Ihre Soldaten, französische Proletarier, könnten leicht zu einem Angriff auf das deutsche Proletariat, zur Unterdrückung der deutschen Revolution gezwungen werden.

All das hielt sich die KPF vor Augen und bereits seit Ende des Jahres 1922 eröffnete sie breit angelegte Massenaktionen gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges und die geplante Besetzung des Ruhrgebietes. Im Dezember 1922 bildete sie zusammen mit der CGTU einen Aktionsausschuss gegen die Gefahr eines Krieges; seine erste Erklärung richtet dieser Ausschuss in erster Linie gegen die einheimische Reaktion. Der Ausschuss organisierte dann Aktionen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes und stand an der Spitze aller nachfolgenden Kämpfe zur Unterstützung des deutschen Proletariats.²⁷

Die französische Bourgeoisie erblickte in den Kommunisten das grösste Hindernis für ihre imperialistischen Absichten und bei der ersten besten Gelegenheit ging sie gegen sie drastisch vor.

Die führenden französischen Genossen beteiligten sich in grosser Anzahl an den internationalen Konferenzen in Essen und traten auf KPD-Kundgebungen als Redner auf, z. B. Semmard in Duisburg und Cachin in Frankfurt a. M. und in Stuttgart. Gleich nach der Rückkehr nach Frankreich, direkt auf dem Bahnhof wurden die Genossen Semmard, Jacob, Marrot, später Marrane, Gourdeaux, Treint, M. Cachin, G. Péri und weitere verhaftet. Unter den verhafteten befand sich auch der Abgeordnete der KPD Höllein, der in Frankreich als Vertreter des deutschen Proletariats auf Kundgebungen der KPF auftrat.

So wurde ein beträchtlicher Teil der Mitglieder des Zentralkomitees der KPF und ihrer politischen Führer verhaftet und ein grosser politischer Prozess gegen sie inszeniert. Sie wurden der Bedrohung der inneren und äusseren Sicherheit des Staates bezichtigt, weil sie sich an der Konferenz in Essen beteiligt und hier gesprochen hatten, weil sie bereits im Dezember 1922 gegen die geplante Besetzung des Ruhrgebietes und gegen den Frieden von Versailles aufgetreten waren, die Erklärung der Essener Konferenz unterzeichnet hatten und auf öffentlichen Kundgebungen in Frankreich und Deutschland gegen die Besetzung des Ruhrgebiets Stellung genommen hatten.²⁸

Die KPF organisierte sofort einen gewaltigen antimilitaristischen Feldzug, verbunden mit Aktionen zur Freilassung der verhafteten. Das Ergebnis stellte sich nach längerem Kampf ein. Im Mai wurden die meisten Verhafteten aus dem Gefängnis freigelassen. Trotzdem nahmen die Provokationen ihren Fortgang und Marcel Cachin mit weiteren Genossen wurden dem Obersten Gericht wegen des Verbrechens der Gefährdung der Staatssicherheit übergeben.

Unter dem Druck der Massenaktionen französischer Arbeiter wagte jedoch das oberste Gericht nicht, die Beschuldigten der Anklage zu übergeben, es erklärte sich als nicht zuständig und liess die Verhafteten frei. So endete eine grossangelegte Provokation gegen die KPF. Während dieser ganzen Zeit verlief ein ständiger Kampf gegen die Besetzung des Ruhrgebiets. Öffentliche Kundgebungen, Massendemonstrationen, Arbeiterversammlungen, Aufrufe an die Soldaten wechselten in ununterbrochener Folge in Paris und ganz Frankreich einander ab.²⁹

Der Kampf war gegen die deutschen sowie französischen Kapitalisten gerichtet. Die KPF liess es keinen Augenblick zu, dass die französischen Arbeiter dem Chauvinismus verfallen. Des Kampfs Losungswort und Ziele waren klar: „Gegen die Ausbeutung durch die deutschen und französischen Kapitalisten. Zwischen Krupp und Schneider, Stinnes und Loucher und deren Agenten Cuno und Poincaré sind keine Unterschiede zu machen.“³⁰ Immer in den Vordergrund tritt der Aufruf zum Generalstreik in dem Falle, dass die französische Bourgeoisie den Versuch unternehmen sollte, einen bewaffneten Kampf gegen die deutsche Arbeiterschaft zu entfalten. Die Aufrufe des Aktionsausschusses gingen noch weiter und zogen, im Falle der Kriegsgefahr, sogar die Rebellion gegen die eigene Bourgeoisie in Erwägung.³¹

Eine der bedeutendsten Aktionen jener Tage in Frankreich war die internationale Kundgebung der Pariser Arbeiterschaft, auf der als Redner die Genossen Vaillant-Couturier und Louis Sellier für die KPF, Höllein für die KPD, John für die Kommunistische Jugend Grossbritanniens, Massa für die Kommunistische Jugend Italiens und Gueber für die Kommunistische Jugend Deutschland vor die Massen traten. In den Tagen von 16.—19. Mai fanden Massendemonstrationen in ganz Frankreich statt, z. B. in Paris, Saint-Étienne, Amiens,

Mets, Marseille, Toulouse, Brest, Le Havre, Strasbourg, Lyon, Bordeaux, Nantes, Lille, Tourcoing, gegen die Besetzung des Ruhrgebiets, gegen Kriegsgefahr, Faschismus, gegen die Ausbeutung der Werktätigen der ganzen Welt durch den Vertrag von Versailles.³²

Die KPF steigerte ihre Bemühungen in allen Knotenpunkten der Ereignisse in Deutschland. Sie vervielfachte ihre Tätigkeit in der Zeit des Generalstreiks der Bergleute im Ruhrgebiet, wo sich die Gefahr einer Intervention der französischen Militäreinheiten gegen die Streikenden erhöhte. Sie wandte sich an alle Werktätigen, vor allem jedoch an die Soldaten und sagte zu ihnen: „Genossen Soldaten! Vergesst nie, dass ein Arbeiter seine Waffen gegen andere Arbeiter nicht anwenden darf, auch wenn er zeitweilig in Uniform steckt.“³³ Mit der gleichen Offenheit erklärte sie, dass sie alle Versuche ihrer eigenen Bourgeoisie vereiteln wird, falls diese die deutschen Arbeiter angreifen wollte.

Die grösste Aktion entfaltete sich zu einer Zeit, wo in Deutschland der Generalstreik ausbricht, mit dem Ziel, die Regierung Cuno zu stürzen. Sie forderte gleichzeitig alle Arbeiterparteien und Organisationen in Frankreich auf, gemeinsam vorzugehen und eine Militärintervention in Deutschland, wie sie Poincaré auf Ansuchen von Stinnes vorbereitet, zu verhindern.³⁴ Durch ihre Tätigkeit zeichnet sich zu jener Zeit hauptsächlich die Kommunistische Jugend Frankreichs aus, die sich vor allem an Soldaten wendet, um unter ihnen die antimilitaristische Propaganda zu entfalten. Auf den Charakter ihrer Betätigung weist am besten ihr Aufruf an die Soldaten hin: „Ihr dürft nicht die Mitschuldigen des Verbrechens werden, das an deutschen Arbeitern verübt wird. Ihr werdet keine Verbrecher werden. Die Arbeiter der ganzen Welt sind Brüder. Soldaten Frankreichs und Deutschlands, verbrüderet euch.“³⁵ Am weitesten geht die KPF im September 1923, wo die Regierung Stresemann den passiven Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt hat und Präsident Ebert im Einvernehmen mit ihr den Ausnahmezustand erklärt und die Exekutivgewalt auf die Reichswehrgenerale übertragen hat.

Damals wandte sich das ZK der KPF an das gesamte französische Proletariat mit dem Aufruf, den Kampf der deutschen Arbeiterklasse tunlichst zu unterstützen und eine Intervention zu verhindern. Gleichzeitig rief es die Kampfbereitschaft der Partei aus und bereitete seine Mitglieder auf einen entscheidenden Zusammenstoss vor. „... Haltet euch bereit, mit allen Mitteln zu handeln. Ab heute hat sich jedes Parteimitglied als mobilisiert im Dienste der Revolution zu betrachten.“³⁶ Die Kommunistische Jugend Frankreichs richtet an die Soldaten im Ruhrgebiet einen direkten Aufruf zum Aufstand: „Genossen Soldaten, ihr entscheidet über das Schicksal der deutschen Arbeiter, unter denen ihr lebt. Sie sind nicht euere Feinde, sondern euere Brüder. Wenn man euch gegen sie schickt, werft die Waffen weg. Verbrüderet euch mit dem revolutionären Deutschland.“³⁷

Nach der Bildung der Arbeiterregierung in Sachsen steigerte die KPF noch ihre Aktionen, indem sie eine Sitzung des ZK der KPF mit dem Ziel einberief, Mittel und Wege zur Unterstützung der deutschen Revolution zu suchen und zu finden. Durch ihre Aktionen rüttelte sie die Massen der französischen Arbeitenden auf und erreichte, dass die französische Bourgeoisie es nicht wagte, gegen das deutsche Proletariat zu marschieren, auch wenn dazu seitens der deutschen Kapitalisten nicht an Lust mangelte. Die KPF mobilisierte auch ihre eigenen Mitglieder und war bereit, den entscheidenden Kampf mit ihrer Bourgeoisie

aufzunehmen. Weitergehen, d. h. einen Aufstand entfesseln konnte sie wegen der ungünstigen Entwicklung der Ereignisse in Deutschland nicht, wo die KPD nicht in der Lage war, in den Kampf zu ziehen und die Arbeiter im Machtkampf zu führen. Im Zuge dieser Kämpfe sammelte die KPF Erfahrungen und gewann das Vertrauen und die Sympathien der werktätigen Massen. Eben in diesen Monaten wuchs die Zahl ihrer Mitglieder beträchtlich an und die Partei wurde beträchtlich stärker. Es stellte sich klar heraus, dass die von der Partei geführten Kämpfe nicht nur eine Unterstützung für die deutsche Revolution bedeuteten, sondern auch die Bewusstseinsbildung der eigenen Arbeiterklasse beschleunigten und den Einfluss der Partei stärkten. Der Kampf vermittelte den Massen und der Partei Erfahrungen und stellte für sie die Schule des revolutionären Bewusstseins dar. Auch die Kommunistische Partei Belgiens nahm an der Unterstützung der deutschen Revolution einen aktiven Anteil. Vor allem trat sie gegen die Okkupation des Ruhrgebietes auf, an der sich die belgische Bourgeoisie beteiligte und sogar dafür ihre Armee zur Verfügung stellte. Somit befand sich die Kommunistische Partei Belgiens (KPB) in einer gewissermassen ähnlichen Lage wie die KPF, auch wenn ihre zahlenmässige Stärke und ihr Einfluss in den Massen bei weitem geringer waren als im Falle der Bruderpartei.

Die belgischen Genossen nahmen an der Essener Konferenz teil und ähnlich wie die französischen traten sie anlässlich einer Reihe von Parteikundgebungen auf und versicherten das deutsche Proletariat der Solidarität seitens der belgischen Werktätigen. Bei der Rückkehr nach Belgien wurden einige Delegierte verhaftet und ähnlich wie Cachin in Frankreich des Hochverrats bezichtigt, den sie angeblich dadurch begangen haben, dass sie die Okkupation des Ruhrgebiets ablehnten.

Während die französische Bourgeoisie nicht soweit zu gehen und Cachin gerichtlich zu belangen wagte, wurden die in Belgien verhafteten Genossen unter Anklage gestellt und am 13. Juni 1923 in Brüssel ein Gerichtsprozess gegen sie angestrengt. Die KPB veranstaltete in zahlreichen belgischen Städten gegen diese Justizwillkür Protestdemonstrationen, die gleichzeitig auf die Unterstützung des deutschen Proletariats ausgerichtet waren. Es gelang ihr, sozialdemokratische Arbeiter und sogar einige Abgeordnete zur Teilnahme daran zu veranlassen. Obwohl die sozialdemokratische Partei ihren Mitgliedern verboten hatte, an diesen Protestaktionen teilzunehmen.

Die internationale Arbeiterbewegung liess der deutschen Revolution nicht nur politische, sondern auch materielle Hilfe zukommen.

Die Sowjetunion bot wiederum als der einzige Staat der Welt den deutschen Proletariern Hilfe an, wenn auch ihre Wirtschaftslage in jenen Jahren nicht besonders war. In gleicher Weise handelten die sowjetischen Werktätigen. Not und Elend steigerten sich seit dem Beginn des Jahres 1923 derart, dass es im Herbst offensichtlich war, dass das deutsche Proletariat diese Schwierigkeiten allein, ohne Hilfe von aussen nicht überwinden kann.

Die ersten Hilfsaktionen setzten bereits bald nach der Besetzung des Ruhrgebiets ein.

Der Vorstand der allrussischen Gewerkschaften (Wserossijskij zentralnyj ssozjet professionalnych sojusow) beschliesst schon am 28. Januar 1923, den Betrag von 100 000 Goldrubeln zugunsten des Fonds streikender Ruhrarbeiter zu spenden. Anfang März übersendet er den Hungernden im Ruhrgebiet die ersten 500 000 Pud Brotgetreide.

Die Werktätigen der Sowjetunion organisierten untereinander Sammlungen, die es ermöglichten, 900 000 Pud Getreide nach Deutschland zu senden. Der Transport des Getreides erfolgte auf dem Seewege. Die russischen Schiffe „Rus“ und „Profintern“ brachten es nach Hamburg, „Alexej“ nach Bremen. Die Mehl- und Brotverteilung wurde von den proletarischen Organen, den Kontrollkomitees und Konsumvereinen selbst durchgeführt. Grundsätzlich nahmen an der Verteilung alle Werktätigen ohne Unterschied der politischen Zugehörigkeit teil. Der Verteilung wohnten auch Delegierte der sowjetischen Gewerkschaften bei, die ebenfalls auf den Kundgebungen der KPD auftraten.

Gleich nach der Entstehung der sächsischen „Arbeiterregierung“ wandte sich ihr Finanzminister an die Sowjetunion und schloss einen Handelsvertrag über Getreidelieferungen ab. Gemäss diesem Vertrag sollten bis Ende November etwa 30 000 Tonnen Getreide nach Sachsen eingeführt werden. Diese Lieferungen sollten eine unentgeltliche Brotversorgung für etwa 800 000 Arbeitende ermöglichen. Die Lieferungen setzten sofort ein, allein der bald darauf erfolgte Sturz der sächsischen Regierung vereitelte ihre völlige Verwirklichung.

Die Lage in Sachsen ebenso wie in ganz Deutschland war bereits Anfang November so, dass es nicht möglich war, den Abschluss des Handelsvertrages und seine Verwirklichung abzuwarten. Nachdem die Regierung der Generale die Lebensmitteleinfuhr nach Sachsen verboten hatte, entstand die Lage, dass es nach einigen Tagen nichts mehr zu essen gab. Da greift die internationale Solidarität der Proletarier ein.

Die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) gemeinsam mit der KPR(B) starteten eine Sofortaktion und verpflichteten sich, unverzüglich 2000 Tonnen Getreide nach Sachsen zu liefern. Bereits am 19. und 20. November trafen in Sachsen 5600 q Mehl ein und die unentgeltliche Brotverteilung setzte sofort ein. Diese Hilfe hörte auch nach der Niederlage der sächsischen Regierung nicht auf. Vom 2.—6. November wurden weitere 11 000 q Mehl nach Sachsen und 21 000 q nach Thüringen geliefert, abgesehen von noch 5200 q Getreide aus der Sowjetunion.

Die IAH berief Anfang November eine Beratung über die Hilfe an das deutsche Proletariat in die CSR ein, an der Delegierte aus Grossbritannien, Frankreich, Belgien, Schweden, Argentinien, Österreich und der Tschechoslowakei teilnahmen. Ihr Ergebnis waren Sammlungen zugunsten Deutschlands. Noch in der ersten Novemberhälfte wurden an das deutsche Proletariat 50 000 K aus der CSR, 20 000 Frs aus Frankreich, 400 Pfund Sterling aus England, 25 000 Goldrubel aus der UdSSR und weitere Spenden aus Holland, Norwegen und Schweden überwiesen. Aus diesen Mitteln wurden in Deutschland Küchen errichtet, die leidenden Kindern, Frauen und Arbeitern unentgeltlich Essen ausgaben. Allein in Berlin betrug die anfängliche Anzahl der ausgegebenen Mittagessen 3000 täglich und stieg bis Ende November auf 8—10 000 an.

Im Dezember 1923 traf in Berlin der IAH-Weltkongress zusammen, an dem Delegierte aus 12 Staaten teilnahmen. Nach diesem Kongress wurde die Hilfe für die deutschen Arbeiter mit Beschleunigung gesteigert. Es wurden weitere Hilfsküchen eröffnet, Kinderheime errichtet, wo die Kinder 6—8 Wochen lang gepflegt und versorgt wurden. Viele Kinder wurden zu Proletarierfamilien aller Länder Europas verschickt. Die proletarischen Familien nahmen sich der Kinder an und gepflegten und versorgten sie Monate hindurch.

Die sog. Deutsche Aktion dauerte von Oktober 1923 bis Mai 1924. Während

dieses Zeitraums sammelte das Proletariat in seinen Reihen Geldmittel in einem Gesamtbetrag von 600 000 Dollar und spendete sie der deutschen Arbeiterschaft. Die internationale Arbeitersolidarität vermochte auch nach der Niederlage der Revolution das Feld zu behaupten und sowohl für die Opfer der Niederlage als auch für deutsche Arbeiter, von denen viele an dem Kampf selbst gar nicht beteiligt waren, Sorge zu tragen. Für das durch die Politik der eigenen Bourgeoisie hungernde Proletariat fand sich die hilfreiche Hand der Werktätigen der ganzen Welt. Die Arbeiterklasse wusste erneut die Gültigkeit der alten Erfahrung zu bestätigen, dass die Proletarier verschiedener Völker es näher zueinander haben als Arbeiter und Bourgeois ein und desselben Volkes, und widerlegte die Propaganda der deutschen Bourgeoisie von „über den Klassen stehenden Interessen“ des Volkes als Ganzem.

Die Werktätigen liessen der Arbeiterklasse Deutschlands jegliche Hilfe angeheihen und empfanden sie nicht als Opfer oder Notwendigkeit, jemandem Hilfe zu leisten, der in eine schwierige Lage geraten war. Wie alle damaligen Aktionen, wie Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks und Sammlungen zeigen, fassten die Werktätigen die Hilfe an das deutsche Proletariat als ihr eigenes Anliegen auf.

Sie erkannten, dass sie sich selbst verteidigen, indem sie die Revolution unterstützen, dass sie dadurch die Revolution in ihrem eigenen Land, die proletarische Weltrevolution fördern, und schliesslich dass sie damit auch das einzige Land des siegreichen Sozialismus, Sowjetrussland, verteidigen. Es handelte sich um wirkliche, tiefgehende Erkenntnis der Bedeutung des proletarischen Internationalismus und um seine praktische Durchsetzung.

Man muss sich vor Augen halten, dass die damalige wirtschaftliche und politische Lage des Proletariats in keinem europäischen Lande günstig war. Die Folgen der Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit bedrängten die Arbeiter schwer, überall herrschte Arbeitslosigkeit, die Herabsetzung der Löhne und schwerer politischer Druck griffen um sich. Doch auch in dieser Lage brachten es die Werktätigen zuwege, das Interesse der deutschen Arbeiterklasse zu unterstützen und die Pläne ihrer eigenen Bourgeoisie zu durchkreuzen. Auch in dieser Lage brachten sie es zustande, den Kampf mit der eigenen Bourgeoisie für die Sache der deutschen Revolution aufzunehmen und weder Verfolgung noch Kerker konnten sie davon abhalten.

Noch mitten im Kampf und umso mehr nach ihrer Niederlage brachten sie es fertig, unter sich Mittel zu sammeln, die durch ihre Höhe überraschen, weil sie sich selbst und ihren Familien vom Munde abgespart waren. Ebenso bereitwillig nahm das Proletariat auch die Verfolgung durch die eigene Bourgeoisie auf sich.

In dem tiefgehenden Verständnis für die Idee des Internationalismus liegt das grosse Plus jenes Zeitraums, wo die Revolution zwar verebbte, die revolutionäre Entschlossenheit der Masse und ihre Bereitwilligkeit zum Kampf, aber keineswegs sank. Darin lagen Garantie und Perspektive für die Zukunft der Revolutionsbewegung.

Übersetzt von R. Merta

ANMERKUNGEN

¹ Ausführliche Beschreibung der deutschen Ereignisse s. Aufsatz von Bohumil Kučera „Versuch, eine Arbeiterregierung in Deutschland zu bilden“ (Das Jahr 1923), tschech., in Sborník prací filosofické fakulty brněnské university, Jg. X., 1961, Reihe G 5.

² Z. B. Rudé právo vom 11. I. 1923, L'Humanité 10. I. 1923, Die Rote Fahne 9. I. 1923.

³ Die Rote Fahne vom 9. I. 1923.

⁴ CGTU — Confédération générale du travail unifiée war die grösste Gewerkschaftsorganisation Frankreichs. Die Kommunisten verfügten darin über eine Stimmenmajorität. Mit Hilfe dieser Organisation gewannen sie breite Massen nichtkommunistischer Arbeiter für den Kampf zur Unterstützung des deutschen Proletariats.

⁵ S. Inprekor Nr. 52/1924. Auch z. B. franz.-deutsche Flugblätter „An die französischen Soldaten“, herausgegeben von der Kommunistischen Jugendinternationale. Abgedruckt im Sammelband „Zur Geschichte der kommunistischen Partei Deutschlands“. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten 1914—1946, S. 122.

⁶ Inprekor Nr. 39/1923. In Duisburg und Dortmund nahmen französische Soldaten an revolutionären Kundgebungen deutscher Arbeiter teil. Sie marschierten, die Internationale singend, sogar an der Spitze derjenigen, die sich im Zuge der Demonstrationen des Rathauses bemächtigten und dieses besetzten. In Essen lehnten sie es ab, in die Streikenden zu schiessen. S. auch Maurice Thorez, Ein Sohn des Volkes (tschech.), S. 30 f. Einem Bericht der Zeitschrift „Ruhrecho“ zufolge sammelten franz. Soldaten einen Betrag von 28 Mil. Mark unter sich und spendeten ihn den deutschen Arbeitern. Die Besatzungsbehörden stellten nach der Veröffentlichung dieser Nachricht das Erscheinen der Zeitschrift ein.

⁷ Inprekor Nr. 72/1924. — Hierher gehören auch andere, gegen unverlässliche Soldaten gerichtete Massnahmen. So z. B. setzte man in Homburg anlässlich eines antifaschistischen Tages eine Maschinengewehrkompanie ein, die dann wegen Widerstandsleistung zurückgezogen werden musste, wobei man sie entwaffnete. Bei der gleichen Gelegenheit lehnten es in Wattenscheid 43 Soldaten ab, den Dienst anzutreten. Am 23. August 1923 wurden 30 Soldaten der Marineinfanterie, die den Dienstantritt verweigert hatten, verhaftet; sie wurden ins Gefängnis nach Werden gebracht.

⁸ Der Protest wurde am 14. I. 1923 in der Prawda veröffentlicht und endete wie folgt: „... In diesen entscheidenden Tagen erhebt das Russland der Arbeiter und Bauern die Stimme der Entrüstung und protestiert gegen die wahnsinnige Politik Frankreichs und dessen Verbündeter. Erneut und mit besonderem Nachdruck erheben wir den Protest gegen die Vergewaltigung des Rechtes des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung. Erneut und mit besonderem Nachdruck warnen wir die Völker der ganzen Welt vor der Gefahr eines neuen Blutvergiessens, das heute Europa droht.“ Bei uns abgedruckt in der Rovnost, in Deutschland in der Roten Fahne vom 13. I. 1923 und in Frankreich in der Humanité vom 16. I. 1923.

⁹ Wolfgang Ruge: Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923. Berlin 1962, S. 57.

¹⁰ S. „Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der KI für deutsche Frage. Januar 1924.“ Hamburg 1924, S. 59. Die Instruktionen bewerten auch die nach der Essener Konferenz geleistete Arbeit und beurteilen die Zusammenarbeit der KPD und der KPF relativ günstig. Man muss sich vor Augen halten, dass in jener Zeit die Zusammenarbeit anzusetzen begann und sich erst später gewaltig entfaltet hat.

¹¹ Die Rote Fahne vom 22. IV. 1923 „Aufruf der internationalen Konferenz in Frankfurt a. M.“. Bei uns veröffentlicht in Rudé právo vom 22. IV. 1923.

¹² Die Rote Fahne vom 26. V. 1923. — In der Resolution heisst es: „... In der Überzeugung, dass die Arbeiterklasse aller Länder nur dann der Kriegsgefahr trotz und der allerorten um sich greifenden Reaktion die Stirn bieten kann, wenn eine Einheitsfront errichtet wird, haben die Vertreter der Internationalen Transportföderation und die Vertreter der russischen Verbände der Transport- und Eisenbahnorganisationen der Arbeiter und Seelute, die auf dem Boden der ROI standen, auf einer gemeinsamen Konferenz am 23. und 24. V. 1923 in Berlin beschlossen, ein gemeinsames Komitee gegen Krieg und Faschismus zu gründen.“

¹³ Inprekor Nr. 92/1923 — Auch Edo Fimmen trat noch nach Ablehnung des Abkommens durch den Generalrat der Amsterdamer Internationale öffentlich für internationale Zusammenarbeit und Bildung einer einheitlichen Arbeiterfront zur Förderung der deutschen Revolution auf. Das tat er z. B. auf einer öffentlichen Versammlung deutscher Eisenbahner im Saal

des Lidový dům (Volkshaus) in Ústí n. L. (Aussig) am 30. VI. 1923, s. Rudé právo vom 1. VII. 1923.

¹⁴ Rudé právo am 20. X. 1923. — „Die Arbeiterklasse aller Länder muss eine stählerne Phalanx zur Unterstützung der deutschen Revolution bilden. In diesem kritischen Augenblick steht nicht nur die deutsche Revolution auf dem Spiel, sondern auch Sowjetrußland, die erste und gewaltige Festung der Weltrevolution... Die Sache der deutschen Arbeiterklasse ist die Sache der Arbeiter aller Länder. Der Sieg der deutschen Revolution wird der Sieg der internationalen proletarischen Revolution sein.“

¹⁵ Rudé právo vom 11. I. 1923.

¹⁶ Rovnost vom 31. VIII. 1923. In Zittau übergab ein Vertreter der nordböhmisches Textilarbeiter bei einer Kundgebung unter riesiger Begeisterung den deutschen Arbeitern eine Fahne der nordböhmisches Arbeiterschaft.

¹⁷ Die Rote Fahne vom 31. VII. 1923.

¹⁸ Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin, Sign. 10/17, Blatt 237. Die Beteiligung tschechischer Kommunisten an den KPD-Veranstaltungen in Sachsen war wirklich massenhaft. So wohnten der angeführten internationalen Kundgebung in Bad-Elster etwa 2000 tschechoslow. Arbeiter bei (Willfried Hannisch: „Die Hundertschaften der Arbeiterwehr. Die proletarischen Hundertschaften 1923 in Sachsen.“ Berlin 1958, S. 58).

¹⁹ Die Rote Fahne am 7. VIII. 1923. Der Aufruf wurde hierauf auch in unserer Parteipresse, im Rudé právo und in der Rovnost veröffentlicht. Allerdings wurde er in seinem wesentlichen Teil konfisziert. Der eben zitierte Satz fehlt darin.

²⁰ In der Rede des Genossen Kreibich hiess es u. a.: „...„Bei der heutigen internationalen Lage bedeutet ein Abkommen mit Poincaré-Krieg Poincaré-Ruhrgebiet, mit der gegenwärtigen Regierung Frankreichs das Bündnis mit dem Generalstab der Weltreaktion, das gegen die deutsche Revolution, gegen die proletarische Revolution überhaupt gerichtet ist. Aus diesem Grunde ist es notwendig, gegen dieses Abkommen, das ausserdem das Ende der Unabhängigkeit der tschechoslow. Republik und eine Auslieferung der proletarischen und bäuerlichen Klasse der Tschechoslowakei den Befehlen des französischen Imperialismus und Militarismus bedeutet, energisch zu protestieren. Wir bitten euch, französische Genossen, zu begreifen, dass ihr in der gegenwärtigen schweren Lage den wichtigsten Platz einnehmt. Ebenso wie unsere Genossen in Moskau den Stab der Weltrevolution repräsentieren, seid ihr, Arbeitervolk von Paris, der Nährboden, aus dem der Generalstab der Weltkonterrevolution leibt und lebt. Untergrabt, unterwühlt, zerstört diese Festung, dieses Bollwerk der Konterrevolution.“ L'Humanité vom 7. X. 1923.

²¹ Rudé právo vom 18. X. 1923.

²² Archiv des Instituts für die Geschichte der KPC, Sign. 1923/228 — veröffentlicht in der Zeitschrift „Příspevky k dějinám KSČ“ (Beiträge zur Geschichte der KPC), Nr. 2/1958, S. 203—208.

²³ Rudé právo vom 27. X. 1923, 28. X. 1923.

²⁴ Inprekor Nr. 92/1923. Die Erklärung der Kommunistischen Partei Grossbritanniens wurde auch bei uns in der Rovnost vom 7. X. 1923 abgedruckt.

²⁵ „KPP — Uchwaly i resolucje“, Tom I. — Resolutionen des II. Parteitages „Sytuacja polityczna i taktyka partii“, Absatz II. und III., S. 196—199: „... Von der Arbeiterklasse Polens, die vor der Geschichte im Mittelpunkt der Betrachtungen der ganzen proletarischen Welt steht, kann das Schicksal des europäischen Proletariats abhängen. Nicht nur die Ehre der Klasse, die durch die langen Jahre zaristischer Unterdrückung die führende Kraft der proletarischen Armee war, sondern die unmittelbaren und ureigenen Interessen eines jeden Arbeiters und Bauern ganz Polens erfordern, in diesem Augenblick alle Kräfte für den Sieg der Revolution in Polen und zur Wehr gegen den auf die deutsche Revolution gerichteten Angriff der polnischen Bourgeoisie in die Waage zu werfen. Ein Aufstand der Arbeiterklasse Polens wird die sicherste Garantie für den Sieg der deutschen Revolution sein.“ S. 200.

²⁶ Inprekor Nr. 179/1923. Auch Rudé právo und Rovnost vom 7. XI. 1923. Eine ausführliche Schilderung der polnischen Revolutionskämpfe findet man in der Arbeit von F. Kalickaja: Krakowskoe vosstanie 1923, Moskau 1954.

²⁷ „Comité central d'action contre l'impérialisme et la guerre“ hiess dieses Aktionskomitee und bestand ursprünglich aus Vertretern der KPF und CGTU. Später entsandten auch andere Arbeiterorganisationen Delegierte. Über die Aktionen des Aktionskomitees s. L'Humanité vom 13., 15., 24., 26. I. 1923 und weitere.

²⁸ L'Humanité vom 26. I. 1923.

²⁹ Ebenda am 25. V. 1923.

³⁰ Ebenda am 26. I. 1923.

³¹ Eine der Proklamationen des Aktionskomitees endete z. B. ganz offen: „...Gegen diejenigen, die die Angelegenheiten der Hochfinanz, der Kohlen- und Eisenkönige lenken, deren verbrecherischen Absichten den Weltfrieden gefährden, erhebt das Aktionskomitee die Worte des alten Vaillant: „Lieber Aufstand als Krieg. Arbeiter, haltet euch bereit!“ s. L'Humanité vom 30. I. 1923.

³² L'Humanité vom 13. V. 1923.

³³ Ebenda am 31. V. 1923. — Ein anderer Aufruf besagte: „Französische Arbeiter lassen ein solches Verbrechen nicht zu. Die französische Armee wird nicht zur Retterin des deutschen Kapitalismus werden, denn seine eigenen Arbeiter das Messer an die Kehle gesetzt haben, sie wird den Aufstand im Ruhrgebiet nicht im Blut ertränken. Alle Arbeiter sollen darauf gefasst sein, eine Antwort auf den ersten Aufruf der Arbeiterorganisationen zu geben, alle Soldaten sollen es ablehnen, die Schieber und Magnaten des Ruhrgebietes zu retten. Die Solidarität der Kapitalisten werden wir mit der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft beantworten.“ S. L'Humanité vom 29. V. 1923.

³⁴ Der Aufruf wurde an die CGTU, Partie socialiste, Union socialiste-comuniste, Union anarchiste und L'Association révolutionnaire des anciens combattants (ARAC) gerichtet. Davon traten lediglich die ARAC und die Union anarchiste dem gemeinsamen Aktionskomitee bei.

³⁵ L'Humanité vom 15. VIII. 1923.

³⁶ Ebenda am 28. IX. 1923.

³⁷ Ebenda am 15. IX. 1923.

³⁸ Rudé právo vom 17. VII. 1923.

³⁹ Wolfgang Ruge: „Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923.“ S. 59—85.

⁴⁰ „Gegen die Säbeldiktatur.“ Drei Reden von Fr. Heckert, Wirtschaftsminister, Paul Böttcher, Finanzminister, Georg Graupe, Arbeitsminister, gehalten auf der Konferenz der Arbeiterorganisationen am 21. X. 1923 in Chemnitz, S. 3. Auch Inprekor Nr. 43/1923, Die Rote Fahne vom 20. X. 1923.

⁴¹ S. Inprekor Nr. 178/1923. Einen ausführlichen Bericht über diese Hilfe bringt Alois Neuraths Aufsatz „Die deutsche Revolution und die proletarische Einheitsfront“ in der Sondernummer der Zeitschrift „Agitator“ vom 11. XI. 1923, die gänzlich den Ereignissen in Deutschland gewidmet ist.

⁴² Rudé právo vom 17. XI. 1923.

⁴³ Inprekor Nr. 178/1923.

⁴⁴ Willy Münzenberg: Fünf Jahre der IAH, S. 74—80.

PROLETÁRSKÝ INTERNACIONALISMUS V OHNI REVOLUCNÍCH UDÁLOSTI ROKU 1923

Myšlenka jednoty mezinárodního dělnického hnutí a společných bojů komunistických stran za společný cíl — osvobození proletariátu — nabývá v současné době stále více na významu. Je to dáno již charakterem současné epochy, jejíž hlavní náplň se stal přechod od kapitalismu k socialismu, kdy konečný cíl mezinárodního dělnického hnutí se dostává stále více do popředí a kdy porážka kapitalismu se stává aktuální ve světovém měřítku.

Tato idea měla svou platnost již v počátcích dělnického hnutí a dala vzniknout mezinárodním dělnickým organizacím I. a II. internacionále. V daleko větší naléhavosti se ztělesnila v roce 1919 vytvořením Komunistické internacionály, jejíhož čtyřicetipětiletého výročí v letošním roce vzpomínáme.

Proto také ve stanovách Komunistické internacionály se výslovně konstatovalo: „Komunistická internacionála — mezinárodní dělnické sdružení — je sdružení Komunistických stran v jednu světovou komunistickou stranu.“ Cílem pak byl společný boj za zásady a cíle komunismu, za úplné odstranění třídy a za uskutečnění socialismu.

Tento společný boj nabyl na významu po vzniku světové socialistické soustavy, kdy možnost jeho rozvíjení je daleko širší a hlubší, než dříve a i výsledky mohou být daleko účinnější. Nabyl na významu v dnešní etapě národně osvobozenecých válek a koloniálních revolucí, pro něž platí stejně jako pro osvobození boj proletariátu.

V souvislosti s tím je cílem článku ukázat, jak koordinace bojů a společný postup se uskutečňoval v prvních letech činnosti Komunistické internacionály. Ukázat, jak tehdy mladé

komunistické strany, zejména Komunistická strana Německa, Francie, Československa a Polska chápaly a pochopily myšlenku proletářského internacionalismu.

Revoluční boje v roce 1923, které byly posledním ohlasem velké revoluční vlny Říjnové revoluce, dosáhly svého vrcholu v Německu. Zde se situace zaostřila tak, že boj o moc mezi proletariátem a buržoazií se stal akutním. Přitom dělnická strana Německa v tomto boji sama nemohla zvítězit, kdyby se jí nedostalo pomoci ostatních komunistických stran. Zejména bylo nebezpečí, že některé okolní státy budou vojensky intervenovat proti německé revoluci a bylo nutně tomuto nebezpečí čelit přímo v zemích, kde vyvstalo.

To si také uvědomila ihned Komunistická internacionála, když takové nebezpečí vyvstalo a když Francie společně s Belgií se rozhodla okupovat vojensky Porúří, aby zajistily své požadavky z versailleského míru.

Ještě před touto okupací svolala Komunistická internacionála širokou mezinárodní konferenci komunistických stran do Essenu, kde se rozhodovalo, jak okupaci čelit, a později, když k okupaci došlo, ještě širší mezinárodní konferenci do Frankfurtu nad Mohanem. Na této konferenci, již se zúčastnily Komunistické strany Německa, Francie, Československa, Polska, Belgie, Holandska, Itálie, Velké Británie, Jugoslávie, Bulharska, Švýcarska, Komunistické internacionály, zástupci Říšského výboru závodních rad v Německu, závodních rad Porúří, francouzské CGTU a levých skupin německé sociální demokracie a neodvislé soc. demokratické strany, šlo o vytvoření široké mezinárodní jednotné fronty proletariátu na pomoc německé dělnické třídě. Jednotlivé komunistické strany pak rozvíjely ve svých zemích masové akce na pomoc německé revoluci a proti nebezpečí vojenské intervence své vlastní buržoazie. Zde se nejdále dostala Komunistická strana Francie. Masové boje značného rozsahu byly vedeny komunistickými stranami Československa, Polska a Belgie.

I když německá revoluce byla poražena, je nutno konstatovat, že komunistickým stranám se podařilo zabránit vojenské intervenci a že během revoluce, stejně tak jako po její porážce, poskytly německému proletariátu značnou materiální podporu. Zde opět vynikla činnost Komunistické strany Ruska (bolševiků).

Celé toto období je vyplněno příklady proletářského internacionalismu a solidarity a jasně ukazuje hluboký význam společných akcí proletariátu v jeho boji za osvobození.

Bohumil Kučera

